



Hauptstadt-Bulletin

Mehr Vertrauen in der Migrationspolitik durch Fünf-Punkte-Plan

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben erhebliche Defizite der aktuellen Migrationspolitik offenbart, die das Vertrauen der Bevölkerung in den deutschen Rechtsstaat erschüttert haben. Es ist nicht mehr vermittelbar, dass nach derzeitigem Umgang mit den europäischen Dublin-Regeln diejenigen illegal Eingereisten erneut ein Asylverfahren in Deutschland anstrengen können, die entweder bereits aus der Bundesrepublik abgeschoben und mit einer Wiedereinreiseperrre belegt wurden, oder die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat ein Asylverfahren durchlaufen. Für eine erfolgreiche Wende in der Migrationspolitik folgende fünf Punkte umzusetzen:

1. Es werden weiterhin alle Einreisenden zurückgewiesen denen auch bisher die Einreise wegen fehlendem Asylbegehren in Deutschland verweigert wurde, beispielsweise wenn sie als Zielland ein anderes EU-Land nennen.
2. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen wirksam funktioniert, kommen die Schengen-Partner in einem multilateralen oder mehreren bilateralen Abkommen überein, Dublin-Fälle binnen kürzester Frist von einigen Tagen („Fast Track“) in den zuständigen EU-Mitgliedstaat zurückzuführen.
3. An wenigen neuralgischen Grenzübergängen soll laengeangepasst stationär kontrolliert werden. Im 30-Kilometer-Schleier sollen angetroffene illegal eingereiste Dublin-Fälle unmittelbar binnen weniger Tage zurückgeführt werden.
4. Aufnahme von anerkannten Asylbewerbern aus Haupteinreiseländern in bestimmten Kontingenten.
5. Ultima Ratio: Sollte mit den EU-Partnern keine europäische Lösung erreicht werden können, muss national beschlossen werden in verstärktem Umfang zurückweisen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

einer landläufig geäußerten Parole möchte ich deutlich widersprechen: Die Regierungsarbeit steht nicht still. Erst gestern Nacht haben unsere Haushaltsexperten das Budget für das Jahr 2018 bereinigt. Im Bundeskabinett ist ein Familienentlastungspaket beschlossen worden. Wir haben eine neue Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Pflegekräfte verabschiedet. Wir sind also mitnichten nur mit einem Thema beschäftigt.

Eine Warnung diverser Demoskopen sehe ich ebenfalls mit Sorge: nämlich, dass Streit innerhalb der Union oder in anderen Parteien für die Zustimmungswerte schädlich sei. Genau das ist es aber, was uns die Väter des Grundgesetzes mit der Parteidemokratie aufgegeben haben. Es soll um den Wettstreit um die besten politischen der Ideen gehen, um Pluralismus. Unser Ziel soll sein, die Diskussionen, die millionenfach auf deutschen Straßen geführt werden, stellvertretend in den Parteien und im Parlament zu führen. So schön sich die Neigung zur allseitigen politischen Harmonie anfühlt, das eigentliche Wesensmerkmal unserer Demokratie ist der Wettstreit. Ich spüre momentan eine große Neigung zur politischen Harmonie. Zugegeben, der jetzige Unionsstreit ist die maximale Version eines Streits innerhalb von Parteien. Ich sehe aber auch, dass die SPD, die Grünen, die Linken sich einer ehrlichen Diskussion besonders um die Asylpolitik verschließen, gar stumm bleiben. Deshalb dürfen wir nicht jeden Streit verdammen, ich bin sogar dankbar, dass die Diskussion endlich Berlin erreicht hat.

Ihr



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Fußball-WM: Jeder Dritte verfolgt Sportveranstaltungen online

Ob mit dem Tablet in der Bahn oder via Liveticker auf dem Smartphone – dank immer umfangreicher Online-Angebote steigt die Zahl der Nutzer, die Sportereignisse im Internet verfolgen. Im vergangenen Jahr griff jeder dritte Internetnutzer auf Livestream oder Liveticker zurück. 2016 waren es noch 23 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Bitkom-Studie. Gefragt nach den verwendeten Geräten gibt mehr als die Hälfte aller Befragten (54 Prozent) an, das Smartphone für Live-Übertragungen zu nutzen. Nahezu gleichauf liegt der heimische Smart-TV (53 Prozent). Entgegen anderslautender Vermutungen profitieren von der zunehmenden Beliebtheit von Online-Angeboten vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender: Zu den meist genutzten Angeboten im Netz gehören für 48 Prozent der Befragten die Programme von ARD und ZDF. Auch hier stieg die Zahl der Nutzer von 44 Prozent 2016 auf 48 Prozent 2017.

Griechenland kehrt an den Kapitalmarkt zurück

Die Eurogruppe hat sich in der vergangenen Woche auf den Abschluss des dritten Hilfsprogramms für Griechenland geeinigt. Ein viertes Hilfsprogramm wird nicht mehr erforderlich sein. Nach acht Jahren kann sich Griechenland wieder am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Prinzip „finanzielle Hilfe als Gegenleistung für Reformen“ hat gewirkt, ein Schuldenerlass oder Schuldenschnitt ist nicht vorgesehen. Forderungen nach einem Rückkauf alter IWF-Darlehen sind ebenfalls vom Tisch. Der IWF bleibt mit seinen bisherigen Darlehen engagiert und wird auch mit seiner Expertise an der Nach-Programm-Überwachung mitwirken. Griechenland wird sich vierteljährlich einer verstärkten Überwachung durch die Institutionen stellen müssen. Damit wird sichergestellt, dass die griechische Regierung auf Reformkurs bleibt.

TERMINHINWEISE**29. Juni 2018**

Öffentliche Gemeinderatssitzung
19:00 Uhr | Bürgerhaus Edenbach

30. Juni 2018

3. Energie- und Umwelttag
11:00 Uhr | Alter Marktplatz, Lörach

8. Juli 2018

Inzlinger Banntag 2018
8:30 Uhr | Erstelhalle, Inzlingen



Armin Schuster auf dem Podium zum Thema Sicherheitsarchitektur, 2. v. links.

Armin Schuster beim 1. Berliner Kongress für wehrhafte Demokratie

Bei zwei Podiumsdiskussionen, die die aktuelle Sicherheitsarchitektur zum Thema hatten, wurde Innenexperte Armin Schuster um seine Einschätzung gebeten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete betonte die Wichtigkeit einer nationalen Sicherheitsstrategie. Dafür müsse mit Bund und Ländern ein gemeinsames Zielbild erarbeitet werden. Klar müsse sein, dass es sich dabei um einen komplexen Prozess handle, da der Bund mit 16 Ländern um eine gemeinsame Lösung ringe. Der Innenpolitiker sprach sich für einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern aus, der festlege wer in einer „Besonderen Aufbau-Organisation (BAO)“ die Führung übernimmt. Da dies jedoch an den verschiedenen Interessen der Länder scheitere, sei ein Musterpolizeigesetz notwendig, ein Vorhaben, das im Koalitionsvertrag, auch dank intensiver Verhandlungen unter Mitwirkung Armin Schusters, verankert ist. Die Gesetzesvorlage war bereits vor dem Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz vor anderthalb Jahren vorhanden, jedoch brachte erst der jetzt eingesetzte Bundestags-Untersuchungsausschuss einen parteiübergreifenden Konsens. „Es ist wichtig, dass diese Vorhaben auf der Agenda verbleiben“, so Schuster. Ferner verweist der ehemalige Bundespolizist auf die Zusagen des Koalitionsvertrages, der den Bundessicherheitsbehörden 15.000 neue Stellen einräumt.

Gespräch mit Vertretern des Belgischen Kontrollgremiums

Die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste ist kein deutsches Alleinstellungsmerkmal. So stehen regelmäßig Treffen mit Parlamentariern aus anderen Ländern an. Dieses Mal waren die Vertreter des belgischen Kontrollgremiums zu Gast, mit denen wir einen freundschaftlichen Austausch hatten.

